



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Umgehende Maßnahmen zum Schutz unserer Bahn- und Pkw-Pendler – Unannehmlichkeiten von München bis nach Stuttgart verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, umgehend alle noch möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die bayerischen Pendler zu unterstützen, die zwischen dem 24.11.2019 und 14.12.2019 von den Auswirkungen der Zugausfälle im Fernverkehr auf der Strecke zwischen München und Ulm betroffen sind.

Folgende Forderungen sollen umgesetzt werden:

1. Die Staatsregierung soll sicherstellen, dass Bahnpendler, die die betroffene Route nutzen, schnellstmöglich über Sperrungen, Zugausfälle, alternative Routen und weitere Komplikationen sowie deren Umgehungsmöglichkeiten informiert werden. Überdies soll sie sich im Zuge erhöhter Bautätigkeiten der Deutschen Bahn grundsätzlich dafür einsetzen, dass die Abstimmung zwischen Fern- und Nahverkehren optimiert, sowie die Kommunikation zwischen Bahn und Kunde verbessert wird. Die negativen Auswirkungen auf die betroffenen Pendler in Bayern sollen minimiert werden.
2. Die Staatsregierung soll sicherstellen, dass Pkw-Pendler, die Hauptverkehrsrouten nutzen, welche durch die ausfallenden Bahnen überdurchschnittlich zusätzlich strapaziert werden könnten, schnellstmöglich über zu erwartende Staus und deren Umgehungsmöglichkeiten unterrichtet werden.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Nahverkehrszüge entlang der Route mit vollen Kapazitäten möglichst störungsfrei fahren und dies nicht mit geringerer Zahl an Wagengarnituren, wie beim Fugger-Express fast täglich praktiziert. Hierbei soll die Bayerische Eisenbahngesellschaft und die Deutsche Bahn miteinbezogen werden.
4. Die Staatsregierung wird aufgefordert, nach Möglichkeit die vorgesehenen Maßnahmen mit der Landesregierung in Baden-Württemberg für die länderübergreifende Strecke abzustimmen.
5. Die Staatsregierung soll dem zuständigen Ausschuss mündlich und schriftlich über mögliche Baustellen und Bautätigkeiten der DB AG im Jahr 2020 in Bayern sowie über den Erfolg der für die Strecke München - Stuttgart ergriffenen Maßnahmen berichten.

Begründung:

In der Zeit vom 24.11.2019 (23 Uhr) bis 15.12.2019 (4 Uhr) werden die Gleise der Neubaustrecke zwischen Stuttgart und Ulm an den Hauptbahnhof Ulm angeschlossen. Während dieser Zeit werden die meisten Züge des Fernverkehrs, die sonst in Ulm Hbf

halten, umgeleitet oder sie entfallen. In der Folge wird auf bayerischer Seite der Bahnhof Günzburg vom Fernverkehr abgehängt. Nur wenige Zusatzzüge werden eingeplant. Mit hoher Wahrscheinlichkeit werden damit die Kapazitäten der Regionalbahnen nochmals überlastet. Da auch der entsprechende Straßenverkehr zusätzlich belastet werden könnte, sind Pkw-Pendler über potenzielle zusätzliche Staus und Stauzeiten sowie deren Umgehungsmöglichkeiten zu informieren.

Um eine völlig unkoordinierte Überlastung zu vermeiden, muss die Staatsregierung verschiedene Maßnahmen ergreifen, damit chaotischen Verhältnissen auf den entsprechenden Schienen und ggf. Straßen vorgebeugt wird. Im Optimalfall soll dies mit der Landesregierung in Stuttgart gemeinsam koordiniert werden. Das Ziel muss sein, die Pendler entlang der Strecke sinnvoll und umfassend zu unterstützen.